

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 2. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2016-2020)

Sitzungsdatum: 14. September 2016
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Philippe Adam, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Roman Klauser
Philippe Hofmann (abwesend)
Christoph Morat
Thomas Pfaff
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Dieter Pfister, Gemeindeverwalter
Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Gäste:

Anwesend: Philippe Adam, Rolf Adam, Andreas Bärtsch, Rahel Balsiger Sonjic, Patrick Baschung, Mirjam Benz, Nicolas Chapuis, Julia Gosteli, Barbara Grange, Markus Gruber, Kathrin Gürtler, Matthias Häuptli, René Imhof, Ueli Keller, Christian Kellermann, Patrick Kneubühler, Ursula Krieger, Simon Maurer, Maya Meisel, Jérôme Mollat, Niklaus Morat, Urs Pozivil, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Kathrin Schaltenbrand, Florian Spiegel, Beatrice Stierli, Christian Stocker Arnet, Pascale Uccella-Klauser, Henry Vogt, Semra Wagner, Jörg Waldner, Andreas Widmer, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Simon Zimmermann

Entschuldigt: Mark Aellen, Andreas Bammatter, Roman Hintermeister,
Patrick Lautenschlager

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 36 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in die **Sozialhilfebehörde**, anstelle der zurückgetretenen Melanie Flubacher, EVP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.12.2016)
Wahlvorschlag: Denise Kölliker Geschäft 4304
2. Bericht des Gemeinderates vom 18.08.2016, betreffend **BLPK – Sanierung Deckungslücke per 31.12.2015**
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4305
3. Bericht des Gemeinderates vom 18.08.2016, betreffend **Nachtragskredit für die Subventionierung der Stiftung Tagesheime Allschwil für das Rechnungsjahr 2016**
Geschäftsvertretung: Thomas Pfaff Geschäft 4306
4. Bericht des Gemeinderates vom 18.08.2016, zur Motion von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 12.01.2015, betreffend **Meilensteinplanung für den Lindenplatz**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4224B
5. Interpellation von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, vom 17.04.2016, betreffend **Was bedeutet eine ausgewogene Finanzbeschaffungsstrategie?**
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt Geschäft 4283 / A
6. Postulat von Ueli Keller und Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion, vom 11.04.2016 betreffend **Spielgruppen**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 4281
7. Postulat der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, vom 18.05.2016, betreffend **Transparenz im Bildungsbereich zwecks Steuerung und Führung im Primarschulbereich (Primarschulklassen und Kindergärten)**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 4294
8. Motion der SP-Fraktion, vom 18.05.2016, betreffend **Integrationskonzept**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Roman Kläuser Geschäft 4295
9. Postulat von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 14.06.2016, betreffend **Überprüfung der gemeindeeigenen Organisation der Tagesfamilien**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 4300
10. Motion von Matthias Häuptli, GLP, vom 24.02.2016, betreffend **Konzept „Wohnen am Arbeitsort“**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4274
11. Postulat von Ueli Keller und Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion, vom 17.05.2016, betreffend **Erwachsenenbildung Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 4293
12. Postulat von Stephan Wolf, CVP-Fraktion, vom 14.06.2016, betreffend **Fussgängerstreifen über die Neuwilerstrasse beim Mühlegässli**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4301

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
 - FRAGESTUNDE
-

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 2 vom 14. September 2016

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Philippe Adam

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Philippe Adam, Präsident: Ich begrüsse alle recht herzlich im neuen Ratssaal. Ich hoffe, Sie alle hatten erholsame Sommerferien. Wir kommen kurz zu den Instruktionen für die Mikrofone. Sie müssen einmal auf den Knopf drücken, bis es grün leuchtet. Wenn Sie es verschieben möchten, halten Sie es oben am Hals, das ist möglich. Aber wenn Sie reden, fassen Sie es nicht an, sonst dröhnt es.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Ich habe noch einen Rücktritt mitzuteilen, und zwar Patrick Baschung von der SP-Fraktion, per 30. September 2016. Nachfolger ab Oktober wird Lukas Hess sein.

Auf den Tischen hat es diverse Unterlagen, einen Musikschul-Flyer sowie einen Studienauftrag Schlussbericht Wegmatten und das Resultat der Einwohnerbefragung der Gemeinde Allschwil.

Im Weiteren liegt eine Resolution vor der SP-Fraktion, Niklaus Morat. Sie betrifft das Geschäft 4307, «Allschwil – eine TiSA-freie Zone». Ich frage den Rat an wegen einer sofortigen Behandlung. Wenn für sofortige Behandlung abgestimmt wird, wird die Resolution nach der Pause diskutiert, anderenfalls wird sie auf die nächste Traktandenliste gesetzt.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Ich habe soeben aus meiner eigenen Fraktion gehört, dass nicht alle die Resolution vorliegen haben. Ist das möglich? Sie ist doch verschickt worden?

Philippe Adam, Präsident: Das ist möglich, ich hatte es zuerst auch nicht vorliegen. Liegen hinten noch Exemplare auf? Auf der Traktandenliste die Sie erhalten steht ja, welche Unterlagen beiliegen, da hätte man merken können, dass es fehlt. Wir können es jetzt auflegen.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Es bringt ja nichts, wenn ich jetzt etwas dazu sage, wenn die Anwesenden nicht wissen, um was es geht.

Philippe Adam, Präsident: Ist es denn dringend? Sonst setzen wir es auf die nächste Traktandenliste.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Wenn es auf der nächsten Traktandenliste ist, dann reicht uns das.

Philippe Adam, Präsident: Wir kommen zu den übrigen Vorstössen. Dem Büro zugegangen sind: von der SP-Fraktion: Kleine Anfrage betr. «Wirtschaftsförderung professionell bewirtschaften»; von der FDP-Fraktion, Roman Hintermeister: Postulat «Betreuung der KMU in der Gemeinde Allschwil»; von der SVP-Fraktion, Postulat «Budget 2017, Verkehrssituation Kreuzung Fabrikstrasse/Lettenweg».

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Diese ist rechtzeitig verschickt worden. Ich frage den Rat an, ob Änderungsanträge gestellt werden.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich würde gern den Antrag stellen, das Traktandum 5 zu streichen. Der Interpellant Andreas Bammatter ist heute nicht anwesend, er möchte sich jedoch gerne dazu äussern. Ich danke für die Zustimmung zum Antrag.

Philippe Adam, Präsident: Ich frage den Rat an, wer für Vertagung des Traktandums 5 ist.

://:

Der Vertagungsantrag wird grossmehrheitlich angenommen. Traktandum 5 wird auf die nächste Traktandenliste gesetzt.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Zu den Unterlagen auf den Tischen: Dabei ist auch das Resultat Einwohnerbefragung. Worum handelt es sich da? Es hat keinen Briefkopf, kein Datum, keine Unterschrift, nichts. In dieser Form gehört das für mich nicht auf den Tisch.

Nicole Nüssli-Klauser, Gemeindepräsidentin: Ich werde im Info-Fenster mündliche Ausführungen zu dem Papier machen. Zusammen mit meinen Ausführungen sollte dann klar werden, um was es geht.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes in die Sozialhilfebehörde, anstelle der zurückgetretenen Melanie Flubacher, EVP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.12.2016)
Wahlvorschlag: Denise Kölliker, Geschäft 4304

Philippe Adam, Präsident: Gibt es noch weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall. Ich frage den Rat an, ob stille Wahl bestritten ist. Das ist auch nicht der Fall.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Ich wüsste gerne, wer die vorgeschlagene Frau Denise Kölliker ist. Könnte man sie vielleicht schnell vorstellen? Noch schöner wäre es, wenn man im Vorfeld eine schriftliche Mitteilung bekommen würde, in der eine vorgeschlagene Person vorgestellt wird.

Julia Gosteli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Frau Kölliker hat der Gemeinde ein Bewerbungsschreiben eingereicht und sich darin beruflich und persönlich vorgestellt. Das ist also bekannt.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Es ist ja gut und recht, wenn das bei der Gemeinde landet. Aber abgestimmt wird hier im Rat. Da wäre es am Fraktionspräsidenten oder der -präsidentin, dass man das rasch per Mail an alle Mitglieder verschicken würde, dann wären alle informiert.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Bei uns geht es um das Gleiche. Auch bei der FDP-Fraktion ist kein derartiges Schreiben eingegangen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich weiss, wir haben viel Papier bekommen, damals anlässlich der Behördenwahlen – Schulrat, Sozialhilfebehörde. Dort war das bereits dabei. Das haben alle bekommen, im April oder im Mai. Frau Kölliker war eine der Kandidatinnen, die in dem riesigen Dossier enthalten waren.

Julia Gosteli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Um es präzise zu sagen: Sie ist gewählt ab der neuen Legislatur. Jetzt tritt Frau Flubacher vorzeitig zurück, und so fängt Frau Kölliker einfach früher an. Also die Personalien, Beruf; Familie, das ist durch all unsere Hände gegangen, aber eben nicht nochmals für dieses halbe Jahr, denn es ist ja bereits bekannt.

Philippe Adam, Präsident: Ich frage den Rat nochmals an, ob die stille Wahl bestritten ist. Das ist nicht der Fall.

://:

Denise Kölliker ist in stiller Wahl gewählt.

Philippe Adam, Präsident: Ich gratuliere Frau Kölliker und wünsche ihr viel Freude bei der Amtsausübung.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 18.08.2016, betreffend

BLPK – Sanierung Deckungslücke per 31.12.2015

Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4305

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Wie Sie wissen, mussten alle Gemeinden per Ende 2014 die Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse ausfinanzieren. Die Gemeinde Allschwil hat das selbstverständlich innert Frist gemacht und den provisorisch angezeigten Betrag eingezahlt. Nachdem dann die definitive Rechnung der Pensionskasse per Ende 2014 feststand, zeigte sich, dass die Gemeinde Allschwil einen kleinen Betrag zu viel einbezahlt hatte, weil der definitive Betrag dann etwas tiefer war. Es gab eine Differenz von rund 1.45 Millionen Franken, die Allschwil zu viel eingezahlt hatte. Diesen Betrag liessen wir als Gutschrift stehen als Arbeitgeberbeitragsreserve. Per Ende 2015 ging die Geschichte der Pensionskasse dann weiter. Es zeigte sich, dass der Deckungsgrad von 100 Prozent wieder nicht erreicht werden kann, sondern wieder eine leichte Unterdeckung bestand, die für unsere Gemeinde rund 890'000 Franken ergibt. Jetzt wie weiter? Es ist möglich, dass das so ist. Aber es müssen Massnahmen ergriffen werden, dass auf absehbare Zeit diese Unterdeckung beseitigt wird. Massnahmen, die möglich sind, haben Sie in dem Bericht gesehen, der Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugestellt wurde. Es gab drei Varianten, die die Vorsorgekommission intensiv diskutiert und geschaut hat, welche für unsere Gemeinde die richtige wäre. Wir haben uns dann entschieden, weder auf eine Minder- oder Nullverzinsungslösung zu gehen und auch nicht dahin, dass Sanierungsbeiträge geleistet werden, sondern wir haben gesagt, dass wir die Arbeitgeberbeitragsreserve, die eben rund 1.4 Millionen Franken beträgt, mit einem Verwendungsverzicht belegen, und zwar in Höhe der Unterdeckung von 890'000 Franken. Das ist erfolgswirksam, das heisst es wird unsere Rechnung 2015 belasten. Das ist eine Tatsache. Aber es wird nicht unsere Arbeitnehmer/innen belasten. Das war der Grund für die Entscheidung der Vorsorgekommission. Nun bitte ich Sie, sich diesem Antrag anzuschliessen und dieser Lösung zuzustimmen. Ein wichtiger Hinweis noch: Es ist nicht so, dass Sie jetzt eine der anderen Varianten wählen könnten. Sie können leider Gottes von den Zuständigkeiten her nur sagen: Jawohl, wir schliessen uns diesem Vorschlag der Vorsorgekommission an, oder wir lehnen ihn ab.

Wenn sie ihn ablehnen, dann geht das Geschäft zurück an die Vorsorgekommission, und diese müsste dann schauen, welche andere Lösung denkbar wäre.

Philippe Adam, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten wird. Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Detailberatung. Der zweite Vizepräsident führt uns abschnittsweise durch.

Markus Gruber, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

keine Wortmeldung

2. Erwägungen

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Wir reden jetzt bei diesen 890'000 Franken von der Deckungslücke, die es in diesem Jahr gibt. Wir haben uns die Frage gestellt: Wenn wir – und davon gehen wir aus – in den nächsten zwei Jahren nochmals eine Deckungslücke haben, dann hätten wir ja nur noch um die 400'000 Franken auf der Seite. Wie ist denn angedacht, dass im nächsten und übernächsten Jahr die sogenannte Deckungslücke ausgeglichen werden soll; also welche der drei Varianten will man dann wählen?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Diesen Entscheid kann ich natürlich nicht vorwegnehmen. Es ist wie gesagt die Vorsorgekommission, die diesen Entscheid fällen muss. Aber es ist eine Tatsache, dass unsere Arbeitgeberbeitragsreserve nicht ausreichen wird, um ein zweites Mal nach der gleichen Lösung zu verfahren. Dann liegt es eigentlich auf der Hand, dass es nur Variante a) oder b) sein kann. Weitere sehe ich nicht.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Wir von der SP finden den Entscheid der Vorsorgekommission sehr gut in der Situation, in der wir uns alle befinden, insbesondere die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die wegen dem Lohnprozent, das wir ihnen gestrichen haben, sowieso schon doppelt bestraft sind. Und der Arbeitgeber, also die Gemeinde Allschwil, profitiert doppelt davon. So ist es in diesem Moment einfach nur richtig, dass die Arbeitgeberbeitragsreserve benutzt wird, um die Deckungslücke zu schliessen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich habe eine Verständnisfrage an Herrn Morat. Er soll mir doch bitte schnell aufzeigen, bei welchen zwei Positionen die Gemeinde doppelt gewinnt.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Ich meinte, die Gemeinde gewinnt doppelt, indem sie ein Prozent weniger Lohn bezahlt und weniger Beiträge an die Sozialwerke bezahlt. Sie hat bei dieser Lohnreduktion also doppelt gewonnen.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion findet, als einmalige Möglichkeit ist die arbeitnehmerfreundliche Lösung gut. Für die Zukunft hat sich das ja erledigt, weil später gar keine Arbeitgeberbeitragsreserve mehr in genügender Höhe vorhanden ist.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Ich wollte noch kurz anfügen, dass auch die CVP-Fraktion die Variante c) unterstützt, dies aus den bereits genannten Gründen und aufgrund der Ausführungen des Gemeinderates.

Philippe Adam, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderates, Seite 5, und zur Schlussabstimmung über das Geschäft 4305.

3. Antrag:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen im Namen der Vorsorgekommission der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der rückwirkenden Umwandlung per 1. Juli 2016 der bestehenden Arbeitgeberbeitragsreserve in eine Arbeitgeberbeitragsreserve mit Verwendungsverzicht wird im Umfang der per 31. Dezember 2015 bestehenden Deckungslücke von CHF 890'362.– zugestimmt.

://:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. Der Einwohnerrat nimmt zur Kenntnis, dass mit einer Umwandlung der Arbeitgeberbeitragsreserve (gemäss Ziff. 1) der Aufwand der Erfolgsrechnung erhöht wird und somit erfolgswirksam wird.

://:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Philippe Adam, Präsident: Wer dem Geschäft als Ganzes zustimmen möchte, soll dies ebenfalls durch Erheben der Karte bezeugen.

://:

Dem Geschäft wird einstimmig zugestimmt.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 18.08.2016, betreffend
Nachtragskredit für die Subventionierung der
Stiftung Tagesheime Allschwil für das Rechnungsjahr 2016
Geschäftsvertretung: Thomas Pfaff, Geschäft 4306

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Wir bitten Sie heute um einen Nachtragskredit, weil die Kosten der Stiftung Tagesheime dieses Jahr höher sein werden, als wir es im Budget vorgesehen hatten. Warum kommt es zu dieser Situation? Das hat eine Geschichte. Vor mehr als einem Jahr hat die FIREKO dem Einwohnerrat berichtet, dass die Leistungsvereinbarung falsch ausgelegt worden sei, und das habe jährlich 250'000 Franken zu viel gekostet. Das hat die FIREKO dem Einwohnerrat so dargelegt. Der Gemeinderat konnte diese Meinung auch stützen. Von der Stiftung Tagesheime ist sie jedoch bestritten worden. Die Stiftung hat dann die FIREKO darum gebeten, ihre Feststellungen zu erläutern, sodass sie für den Stiftungsrat verständlich werden. Diese Bitte wurde abgelehnt. Das führte dazu, dass die Stiftung verärgert war und die Verhandlungen zwischen Stiftung und Gemeinde ins Stocken gerieten. Denn die Ausgangslage war ja gewesen, dass die Stiftung ein Budget eingereicht hatte für 2016, aber der Gemeinderat im Rahmen von Verhandlungen der Meinung war, es sollten zum einen Kostenersparnisse und zum anderen Elternbeitragserhöhungen erwirkt werden, sodass erste Kostenersparnisse bereits in 2016 möglich gewesen wären. All diese Ziele sind aber nur erreichbar im Dialog und in Verhandlungen. Der Gemeinderat hat keine Handhabe, um höhere Elternbeiträge zu fordern, weil in der Leistungsvereinbarung steht, dass eine solche Forderung nur alle drei Jahre gestellt werden kann und die letzte Elternbeitragserhöhung erst kürzlich erfolgt war. Somit kann eine weitere Erhöhung nur im Einvernehmen erfolgen und nicht gegen den Willen des Stiftungsrats. Weil nun die Verhandlungen ins Stocken gerieten, werde die Ziele für 2016 nicht erreicht, wie sie der Gemeinderat vorgesehen und dementsprechend optimistisch budgetiert hatte. Das Ergebnis wird eher dort landen, wo es die Stiftung ursprünglich budgetiert hatte und wie sie das auch einhalten kann. Aus diesem Grund werden die Kosten im 2016 gleich hoch sein wie in früheren Jahren und damit über unserem optimistischen Budget. Das führt jetzt dazu, dass wir Sie um einen Nachtragskredit bitten müssen. Ich darf ergänzen, dass der Dialog mit der Stiftung im Rahmen eines Mediationsverfahrens bereinigt werden konnte und wir uns wieder in einem guten Gespräch befinden. Es ist eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingesetzt worden und der Gemeinderat ist zuversichtlich, dass wir auf das Jahr 2017 zügig hinarbeiten können. Ein erstes Ergebnis ist bereits, dass die Elternbeiträge per 1.1.2017 steigen werden. Sie konnten das im Bericht lesen. Sie steigen namhaft, und damit wird bereits eine erste Kosteneinsparung erzielt, aber es sind noch weitere notwendig. Leider hat sich im Bericht eine falsche Zahl eingeschlichen, wie aus der aufgelegten Seite 4 ersichtlich. Überall, wo jetzt ein roter Balken ist, ist die Zahl falsch. Der Fehler ist in der 3. Zeile passiert. Der Betrag kam aus einer falschen Spalte. Richtig müsste dort stehen «Sonstige Erträge im Umfang von CHF 7.500». Dann gibt es zusätzlich als Ertrag auch die Anschubfinanzierung vom Bund. Aber diese ist zur Kompensation von Zusatzkosten, die entstehen, wenn man ein neues Tagesheim eröffnet. Das zu berücksichtigen, wäre hier also falsch. In der Summe ergeben sich dann budgetierte Vollkosten von CHF 3'147'150. Bei einer angenommenen 100-Prozent-Belegung – und die Stiftung ist aktuell auch in

diesem Bereich – kostet der Betreuungsplatz pro Monat CHF 2'475.–. Im Wissen, dass heute die Eltern CHF 1'980.– als vollen Tarif zahlen, gibt das ein Delta von CHF 495.– pro Platz und pro Monat. Wir haben 12 Monate im Jahr, und 106 Plätze hat die Stiftung Tagesheim. Das ist eine enorme Summe, und genau daran müssen wir arbeiten. Wenn die Elterntarife erhöht werden auf CHF 2.300, und wenn man zusätzlich noch das vom Gemeinderat vorgegebene Einsparungsziel von CHF 150.000 erreicht, dann sind wir bereits am Ziel, dass voll zahlende Eltern für die Betreuung vollumfänglich aufkommen. Der Gemeinderat ist zuversichtlich, dass das Ziel im Dialog mit der Stiftung innert nützlicher Frist erreicht werden kann. Ich entschuldige mich für die falschen Zahlen. Aber die Grundaussagen als solche sind die gleichen. Gestützt auf meine Ausführungen bitte ich Sie also, diesem Nachtragskredit zuzustimmen, sodass die Liquidität der Stiftung gewährleistet bleibt und die 106 Betreuungsplätze fortgeführt werden können.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich nehme an, jetzt ist Eintreten gefragt. Punkt 1: Allschwil hat kein Tagesbetreuungskonzept. So ein Geschäft ohne Konzept ist wie ein Fass ohne Boden. Was der Gemeinderat dem Eiwohnerrat Ende der letzten Legislatur vorgelegt hat und der Einwohnerrat dann als Reglement verabschiedet hat, ist eine Preisliste zum Berechnen der Elternbeiträge, aber kein Konzept. In einem Konzept steht zum Beispiel als eine wichtige Kernaussage das Verhältnis der Gemeinde zur Stiftung Tagesheime, zu den Tagesfamilien und zu den Tageskindergärten und Tagesschulen sowie das Verhältnis der Leistungserbringer untereinander. Punkt 2, Finanzen: Dem Budget für 2016 habe ich als einziger Einwohnerrat nicht zugestimmt. Ich habe das Delta erkannt, bin aber nicht damit ernst genommen worden. Das Delta hat für mich aus zwei Gründen bestanden. Einmal das, was Gemeinderat Pfaff vorhin beschrieben hat, ist mir damals schon aufgefallen, als ich mir das Geschäft genau anschaute. Ich würde sagen, dieses ist ein buchhalterisches Delta. Aber das weitere Delta, das ich bemängelt habe, ist ein politisches: dass nämlich die Gemeinde die Tagesbetreuung quasi als Sparschwein mästet, und wenn man dann kein Geld mehr hat, metzget man das Sparschwein. Das ist nach wie vor nicht in meinem Sinn. Punkt 3: Was jetzt? Eigentlich müsste ich den Antrag stellen, dass man das Geschäft zurückweist; denn ein Geschäft, das nicht auf einem seriösen Konzept basiert, kann man nicht seriös behandeln. Der Kredit, den wir heute sprechen müssen, ist der zweite Grund, aus dem ich eigentlich nein sagen müsste. Denn die Gemeinde hat wegen anderen Prioritäten das Geld eigentlich nicht. Ich rede jetzt aber für meine Fraktion, und diese hat mich überzeugt, dass man nicht anders kann, als diesem Kredit zuzustimmen. Details werden wir dann noch bei der Detailberatung einbringen.

Philippe Adam, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Detailberatung. Der 2. Vizepräsident führt uns abschnittsweise hindurch.

Markus Gruber, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Bezüglich des dritten Abschnittes, wo es heisst: «Aufgrund von Gesprächen zwischen einer Delegation des Gemeinderates...», wo man dann zur Erkenntnis kam, dass man das Ganze bis in den Mai 2016 hinausschieben muss, würde mich wundernehmen, wann diese Gespräche stattfanden. Zudem würde mich folgendes interessieren: Im zweitletzten Abschnitt, wo es um die restliche Tranche von rund CHF 470'000 geht, heisst es, «weil sich diese vierte Akontozahlung nicht auf die Leistungsvereinbarung abstützen kann...». Liegt das daran, dass es effektiv keine Leistungsvereinbarung gibt? Und wie hat man das früher gehandhabt, wenn die Kosten höher ausfielen?

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ich beantworte diese Fragen gern. Zum Votum Ueli Keller: Die Tatsache, dass Ihnen kein Dokument vorliegt mit dem Titel «Konzept», heisst nicht, dass der Gemeinderat konzeptlos unterwegs ist. Der Gemeinderat hat sehr wohl ein Konzept. Ich fasse es kurz zusammen: Bei der familienexternen Betreuung herrscht ein freier Markt. Die Spielregeln werden von der Bundes- und der kantonalen Gesetzgebung vorgegeben. Die Gemeinde Allschwil leistet Beiträge an die Eltern, subjektbasierend. Das ist die sogenannte Preisliste, die Ueli Keller genannt hat. Die Gemeinde Allschwil betreibt eine Tagesschule und einen Tageskindergarten. Des Weiteren betreibt die Gemeinde Allschwil – ich sage jetzt einmal: notgedrungen – eine Tageselternorganisation, weil es den Verein, der das früher einmal machte, nicht mehr gibt. Das ist das Konzept: Freier Markt – und wir unterstützen Eltern subjektbezogen, wenn sie es aus eigenem Einkommen und Vermögen nicht finanzieren können. Der Markt spielt mit Nachfrage und Angebot, und dort muss sich die Gemeinde nicht einbringen.

Zu den Fragen von Florian Spiegel: Die Gespräche fanden am 17. Dezember 2015 statt. Wie kam man damals auf Mai 2016? Weil bei der Stiftung Tagesheim Kündigungsfristen von 3 Monaten bestehen.

Damit die Eltern ab der Mitteilung über eine geplante Tarifierhöhung einen Monat Entscheidungsfrist haben, um ihre Optionen zu prüfen, bevor sie dann eben kündigen oder bewusst nicht kündigen, kommt man auf Mai. Und leider ist das dann nicht so erfolgt. Das bedauert der Gemeinderat. Zur zweiten Frage: Die Leistungsvereinbarung hatte eine Auslegung, die ab 2011 angewendet wurde. Dann kam der Gemeinderat und in der Folge auch die FIREKO zur Erkenntnis, dass diese Auslegung falsch ist, und dass die Leistungsvereinbarung anders ausgelegt werden muss. Und wenn man sie eben anders auslegt, dann ist die fragliche Tranche nicht mehr abgedeckt. Das Budget 2016 der Stiftung, das die entsprechenden Kosten ausweist, basiert auf der damaligen gemeinsamen Auslegung und nicht auf der heutigen Auslegung des Gemeinderats und der FIREKO.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Die Ausgangslage im letzten Dezember, als die FIREKO ihren Bericht herunterlas, war ja, dass wir alle ziemlich bleich hier sassen. Im Vergleich zu dem Papier, das wir jetzt hier haben, muss ich sagen: Whow, es hat sich etwas getan. Dankeschön, Gemeinderat; dankeschön, Stiftung! Wenn wir dem Antrag heute nicht zustimmen, dann sitzen wir alle vor einem riesengrossen Scherbenhaufen, und zwar sind die Scherben nicht wir, sondern die Kinder und ihre Familien. Dies voraus gesagt: Wir werden diesen Antrag ganz sicher unterstützen. Der Gemeinderat schreibt auch, das Ganze hatte zu tun mit unterschiedlichen Auslegungen, und es könnte einen Rechtsstreit geben, wenn die Gemeinde zurücktritt. Es kann auf keinen Fall sein, dass wir die Kinder und die Stiftung im Fiasko lassen. Ich schlage schnell den Bogen zu Seite 5. Dort schreibt der Gemeinderat, dass auf die Kündigung der Leistungsvereinbarung verzichtet wird, um gemeinsam mit der Stiftung – das ist der zentrale Satz des Ganzen – eine Lösung zu finden, eine Lösung für diese Kinder, eine Lösung für diese Familien. Ich möchte auch darauf hinweisen, es ist ja nicht nur die Politik – Gemeinderat und Parteien – die daran interessiert sind. Es ist auch die Wirtschaft. In der Stiftung hat auch die Wirtschaft ihre Vertretung, auch wenn diese zurzeit vakant ist. Die Wirtschaft hat auch ein Tagesheim gegründet – Actelion –, das zwar selbständig ist, aber ebenfalls unter dem Dach dieser Stiftung läuft. Es ist also ein Riesendach, das wir hier tragen, und ich appelliere an euch alle: Vertrauen wir auf diese ganz grossartige Mediation – ich habe lange darauf gewartet, dass es dazu kam – und ich bin sehr zuversichtlich, dass die Stiftung und der Gemeinderat, zusammen auch mit der Wirtschaftsvertretung, Lösungen finden, die zukunftsweisend sind. Ich appelliere an euch, dem Gemeinderat zu folgen. Wir tun es.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Ich frage mich: wie weiter? Thomas Pfaff hat die Sache sehr ausführlich erläutert, aber zum Jahr 2017 ist er, wenn auch verständlicherweise, sehr vage geblieben. Ist es denn wie bei der Pensionskasse? Dass wir dann im 2017 wieder dasitzen und wieder über einen Nachtragskredit referieren? Eigentlich haben wir ja festgestellt, dass wir 250'000 Franken zu viel gezahlt haben. Im Budget waren 250'000 Franke weniger budgetiert, wenn ich die Zahlen richtig interpretiere. Das macht ein Delta von einer halben Million, über das wir heute entscheiden. Und wenn ich die Zahlen von Thomas Pfaff richtig interpretiere, dann haben wir Einsparungen mit Erhöhung der Elternbeiträge und sonstigen Einsparungen in Höhe von 150'000 Franken... stimmt nicht, ich habe einen Rechnungsfehler gemacht... Aber trotzdem bleibt meine Frage: Wie weiter im 2017? Es ist sehr vage geblieben. Das gibt mir ein etwas ungutes Gefühl, so salopp einer halben Million zuzustimmen.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Das Thema hat in unserer Fraktion eine grosse Diskussion ausgelöst, weil man automatisch sich auch wieder über die Gesamtsituation geäussert hat. Wobei es heute Abend ja einfach um den Nachtragskredit geht und nicht darum, was in der Vergangenheit war und in Zukunft sein wird. Die Mehrheit unserer Fraktion wird diesem Nachtragskredit zustimmen. Sie möchte damit einen geordneten Neuanfang ermöglichen. Aber die ganze Fraktion ist geschlossen der Meinung, dass es notwendig ist, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen und dass in die Zukunft geschaut wird. Wir haben auch vernommen, dass ab 1.1.2017 eine neue Berechnungsmethode ausgehandelt sein soll. Für uns ist es eine Bedingung, dass es ab 1.1.2017 eine neue Grundlage gibt. Sonst gilt eben das Subventionierungsreglement, das wir kürzlich im Rat beschlossen haben. Die ganze Neulösung für die Stiftung soll auch dem Grundsatz der Subjektsubventionierung entsprechen. Wobei man dort, wie Ueli Keller in früheren Diskussionen sagte, die Abgeltung gewisser Punkte noch genauer mit der Stiftung Tagesheime anschauen muss. Falls es noch dieses Jahr zu einem weiteren Nachtragskredit kommen müsste, hätten wir die klare Forderung, dass uns die Resultate, wie weit man mit der Vereinbarung ist, genau vorgelegt werden, falls sie bis dahin noch nicht abgeschlossen ist. Im Sinn einer guten Übergangslösung stimmen wir zu. Die Fraktion erwartet von der GPK, dass sie ihren Bericht spätestens bis Ende Jahr vorlegt.

Evelyne Roth-Räber, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion bitten Sie, den Nachtragskredit für diese Subventionierung des Stiftungsrates Tagesheim zu unterstützen. Die Stiftung Tagesheim, bei der ich selber auch dabei bin, und der Gemeinderat sind auf gutem Weg. Das konnten Sie auch aus dem Bericht entnehmen. Wir werden uns bemühen, miteinander einen Weg zu gehen. Lassen Sie mich einen ganz

kleinen Schritt zurückgehen. Das Tagi an der Baslerstrasse, das ist direkt neben dem Neuallschwil-Schulhaus, wurde 1965 gegründet. 2000 kam das Bruckerhaus dazu, und im Herbst 2015 die Langmatten, neben dem Altersheim. Auf diese Tagesheime verteilt werden zurzeit 160 Kinder betreut. Alle werden mit viel Herzblut umsorgt, gepflegt und betreut. Dass das alles auch gelingt – dafür braucht es Mitarbeiter. Zurzeit sind 41 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter involviert. Es sind drei Springer dabei und sieben Zivis. Der Betrieb hat aber auch Lehrlinge, die er ausbildet. Das ist aber wichtig. Das brauchen wir, die Lehrlinge sind weiterhin unsere Grundlage in Allschwil. Der Betrieb muss wieder laufen können und vorwärts gehen, und die Fachkräfte, die dort arbeiten, sind gut ausgebildet. Alle Mitarbeiter sollen nicht wanken und ins Wanken kommen. Dieses Angebot ist nämlich etwas Wichtiges für Allschwil und hat auch bis jetzt ein gutes Standbein gehabt. Wir werden es von unserer Fraktion aus unterstützen. Nun wünsche ich Ihnen, dass auch Sie den Antrag unterstützen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Drei Dinge: Bezüglich der erwähnten Sitzung vom 17. Dezember frage ich mich, ob nicht dort schon absehbar war, oder in den ersten zwei Quartalen, dass man mit den gesprochenen Geldern nicht auskommt. Ich möchte gern wissen, wann sich zum ersten Mal abgezeichnet hat, dass das Geld sicher nicht ausreichen wird. Wir fangen jetzt die neue Legislatur an, wie wir die alte beendet haben: Es gibt Nachtragskredite, und immer in der Einwohnerratssitzung vor dem entsprechenden Datum, wo gezahlt werden muss, und wenn nicht gezahlt wird, sind es immer irgendwelche Kinder und Arme, die betroffen wären. Sie wie bei der Ampel, was ja auch so ein Thema war, wo man das Gefühl hatte, man ist ein Kindermörder, wenn man sie nicht bewilligen würde. Dann zu dem Konzept, das Ueli Keller angesprochen hat. Ich verstehe schon, wie er darauf kommt. Ich nehme an, es kommt von vier Jahren Arbeit in der GPK, wo man sehr oft hörte, es gibt ein Konzept, und wenn man dann genau untersuchte, war das Konzept zum Teil inexistent. Das Dritte: Thomas Pfaff hat gesagt, die Gemeinde habe «notgedrungen» die Arbeit des Tageselternvereins übernommen. Das möchte ich relativieren. Wir waren an einer oder zwei Sitzungen, bei denen es genau darum ging und die bürgerlichen Parteien durch die Bank Bedenken dagegen äusserten, das in die Gemeinde hineinzunehmen. Aber die Gemeinde war Feuer und Flamme für das neue Konzept. Und wenn du jetzt von «notgedrungen» sprichst, so passt das für mich irgendwie nicht.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Für mich ist das, was du, Thomas Pfaff, vorhin als Konzept erläutert hast, kein Konzept, tut mir leid. Das sind im besten Fall Richtlinien und Gesetzesparagrafen. Ich möchte ein Beispiel für ein Konzept geben, ich durfte es mitgestalten: das Freiraumkonzept. Das ist ein Schinken. Darin kann man nachlesen. Was aber du vorhin schnell erzählt hast, ist alles andere, aber sicher kein Konzept. Ein solches muss ausführlich und detailliert sein und bis ins Kleinste niedergeschrieben sein, sonst funktioniert es nicht. Ich sage persönlich – ich hatte es in der alten Legislatur schon gesagt und stehe heute noch dazu – ich stimme in diesem Jahr keinem Nachtragskredit zu. Wenn man überall herunterfährt, dann kann man hier keine Ausnahme machen. Das ist meine persönliche Meinung, und ich stehe dazu.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ich nehme die Gelegenheit wahr, die verschiedenen Fragen zu beantworten. Andreas Bärtsch hat gefragt, wie geht es weiter im 2017? Der grösste Sprung erfolgt dadurch, dass die Elternbeiträge massiv erhöht werden, um 320 Franken pro Monat. Das bewirkt schon einmal einen grossen Einnahmensprung. Über alles andere kann ich noch nicht reden, denn wir sind mitten in der Arbeit. Die Arbeitsgruppe hat nach den Sommerferien die Arbeit aufgenommen. Es ist eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit Mitgliedern aus der Geschäftsleitung der Stiftung und dem Stiftungsrat wie auch aus Gemeindeverwaltung und Gemeinderat. Man zielt auf ein ausgeglichenes Budget, sodass die Elternbeiträge die Kosten decken und die Gemeinde nur noch, wie es eben im FEB-Reglement angedacht ist, eine Stütze bietet bei denen, die den vollen Elternbeitrag nicht zahlen können. Das ist das Ziel. Wann im 2017 – Anfang, Mitte? – wir das erreichen, kann ich noch nicht sagen. Aber wir sind auf dem Weg. Und die Herausforderung ist, dass wir erst jetzt nach den Sommerferien wieder – nach Abschluss der Mediation im Juni – diese Basisarbeit leisten können. Aber jetzt geben wir Gas. Und ich möchte Ihnen eines versichern: Der Gemeinderat besteht darauf, dass die Arbeitsgruppe zügig vorwärtsarbeitet. Das ist uns wichtig. Denn wir wollen dieses Problem lösen. Und wir sind gut beraten, das im Dialog zu machen. Denn der nächste Kündigungstermin ist heute in 9 Monaten; dann würde die Leistungsvereinbarung Ende 2017 enden. Aber wir wollen nicht bis dahin im gleichen Fahrwasser weitermachen, sondern im Dialog dahin kommen, dass wir zügig das Bisherige durch etwas Neues ablösen. Im besten Fall durch gar nichts, sodass einfach das FEB-Reglement gilt. Das ist die Wunschvorstellung. Aber das muss sich eben jetzt noch zeigen, wie das möglich ist. Denn nebst dem finanziellen Ziel haben wir ein zweites: Dieser grosse Player darf nicht zusammenbrechen. Wir haben zwei grosse Player. Der eine ist Tagesschule/Tageskindergarten bei der Gemeinde – denen geht es gut. Der andere ist die Stiftung. Dieser geht es grundsätzlich auch gut, da gebe ich Evelyne Roth recht. Aber die Kostenstruktur ist noch nicht dort, wo wir sie gern haben möchten, nämlich ein ausgeglichenes

Budget, wonach die Erträge aus den Elternbeiträgen mit den Ausgaben übereinstimmen und die Gemeinde keine zusätzlichen Subventionen, wie sie auf Seite 4 thematisiert sind, zahlen muss. So viel dazu, wohin wir wollen und wie wir auf Kurs sind. Ich kann es nicht genauer sagen aktuell, tut mir leid. Ich darf Kathrin Gürtler versichern: Die Vergangenheitsbewältigung ist abgeschlossen, das haben wir im Rahmen der Mediation gemacht. In der abschliessenden Sitzung Ende Juni haben wir einen Schlusstrich gezogen. Wenn ich heute die Vergangenheit nochmals erwähnt habe, dann nur um verständlich zu machen, warum wir uns heute in der aktuellen Situation befinden. Gemeinderat und Stiftung schauen nur noch nach vorne. Wir haben den sauberen Strich gezogen, schauen nur noch nach vorn. Und auch die Arbeitsgruppe schaut nach vorne, damit wir zügig ans Ziel kommen.

Florian Spiegel möchte Auskunft haben, ob man nicht schon viel früher hätte wissen können, dass man zu solch einem Resultat kommt. Im Dezember ging man davon aus, dass man ab Mai neue Tarife hat. Das war ein bisschen später, als der Gemeinderat ursprünglich gemeint hatte. Aber man hätte heute nur einen sehr kleinen Differenzbetrag beantragen müssen. Dann plötzlich hiess es, nein, im Mai wird es nichts, wir hoffen auf Juni. Und irgendwann war klar, die Verhandlungen sind gescheitert, und wir mussten ein Mediationsverfahren aufgleisen. Im Rahmen dieser Mediation wurde klar, dass man zu dem jetzigen Resultat kommen würde. Daraufhin wurde das Dokument ausgearbeitet, und Sie haben es jetzt an der ersten Sitzung nach der Sommerpause vorliegen. Von dem her: Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um Ihnen Fakten zu präsentieren und nicht nur irgendwelche Mutmassungen.

Florian Spiegel hat im Weiteren mein Votum angesprochen, wonach wir «notgedrungen» die Tageseltern übernommen hätten. Der Gemeinderat hat sich das nie gewünscht. Aber mit der Kündigung der Leistungsvereinbarung, die die Tageseltern und noch die weiteren Tagesheime beinhaltete, musste man Lösungen suchen. Der Gemeinderat ist überzeugt von der heutigen Lösung – so ist es nicht! Aber noch schöner wäre es gewesen, wenn es die Leistungsvereinbarung immer noch gäbe. Denn es war nie das Ziel, das inhouse zu übernehmen. Wenn es heute noch einen Verein Tagesheime gäbe, wäre das noch so schön. Und wenn es künftig einmal einen Verein Tageseltern geben würde, dann wäre es durchaus möglich, das wieder auszulagern. Aber was wir garantiert nicht mehr aus der Hand geben, ist die Berechnung der Subventionierung. Denn nur wenn wir selber die Anträge prüfen, haben wir erstens das richtige Zahlenmaterial zur Verfügung – aus der Steuerabteilung – und können so sicherstellen, dass jeder das bekommt, was er braucht, dass aber keiner zu viel bekommt. Vorher, als das ausgelagert war, hatten wir diese Kontrolle nicht. Also diesen Teil, die Subventionsprüfung, geben wir nicht mehr aus der Hand. So haben wir nämlich die Kosten im Griff. Aber der Rest könnte auch woanders sein. Wir werden ja heute noch einmal ein Traktandum haben zu dem Thema, dass regelmässig überprüft werden soll, ob Tageseltern immer noch zutreffend bei der Gemeinde angesiedelt sind, oder ob nicht andere Lösungen möglich sind. Beim Postulat Andreas Bärtsch, das wir heute noch behandeln, geht es genau um das Thema.

Zu Simon Zimmermann: Ja, es ist kein Konzept mit 50 Seiten. Aber es ist eine klare Vorgabe. Ich habe gegenüber Ueli Keller nur davon gesprochen, dass wir nicht «konzeptlos» unterwegs sind, sondern wir wissen, was wir wollen, und wir haben eine klare Linie. Wenn der Einwohnerrat das wünscht, dann können wir auch in der Verwaltung noch ein wenig Zeit damit verbraten, das in blumigen Worten auf 50 Seiten niederzuschreiben. Aber ob das nutzbringend wäre, das möchte ich in Frage stellen.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Das Geschäft macht uns wirklich keine Freude. Wir haben letztes Jahr festgestellt, dass die Leistungsvereinbarung nicht so umgesetzt wurde, wie man es abgemacht hatte, und die Gemeinde in der Folge faktisch eine Defizitgarantie gab statt einen Fixbeitrag pro Betreuungsstunde. Dann hat man das Budget massiv gekürzt, sagte der Stiftung, sie müsse die Elternbeiträge erhöhen und 150'000 Franken im Jahr einsparen. Und jetzt haben wir einen Nachtragskredit, der bis auf den Franken genau dem entspricht, was die Stiftung letztes Jahr verlangt hatte und was man ihr nicht geben wollte. Genau dieser Betrag soll jetzt nachträglich doch noch ausgeschüttet und durchgewunken werden, wie wenn nichts passiert wäre. Es wird zwar gesagt, es handle sich um Akontobeiträge, was nach der Leistungsvereinbarung auch im Grund richtig ist, weil es dort ja heisst, dass man vierteljährlich nach dem Liquiditätsplan Akontobeiträge leistet und dann im März abrechnet. Aber die Frage ist ja, wie. Denn der Gemeinderat hat gleichzeitig festgestellt, dass man sich mit der Stiftung darüber einig ist, dass man sich nicht einig ist, wie das Ganze auszulegen sei. Das dünkt mich doch ein wenig dürftig. Wenn ich jetzt lese und höre, dass der Gemeinderat per 2017 eine neue Vereinbarung aushandeln will, oder dass man aus der Vereinbarung ganz aussteigen und nach FEB-Reglement vorgehen will, dann ist das ja schön und recht. Aber das setzt ja voraus, dass die Stiftung mitspielt, weil die Leistungsvereinbarung nicht gekündigt ist. Und damit sitzt die Gemeinde eigentlich am kürzeren Hebel. Darum müssen wir damit rechnen, dass die Leistungsvereinbarung im schlechtesten Fall auch im 2017 zur Anwendung kommt, obwohl man sich nicht einig darüber ist, wie diese umgesetzt

werden soll. Diese Situation ist nicht wirklich haltbar. Jetzt haben wir das laufende Jahr, das noch definitiv abgerechnet werden muss, und vielleicht auch noch das nächste Jahr, wo man sich dann ebenfalls über den Finanzierungsmechanismus uneinig ist. Ich kann nicht ganz nachvollziehen, wie man jetzt einfach sagen kann, wir ziehen einen Schlusstrich und schauen nur in die Zukunft. Denn es ist ja immer noch diese Leistungsvereinbarung, die im laufenden Jahr zur Anwendung kommt und wo man dann am Ende schauen muss, ob man die Differenzen abrechnet, wie es eigentlich drinsteht, oder ob man das nicht macht, wie das offenbar in der Vergangenheit der Fall war, wo man eben nicht geschaut hat, was ist die Stundenstatistik, was sind die fixen Beiträge pro Betreuungsstunde und was gibt das am Schluss für eine Differenz, die theoretisch ausgeglichen werden müsste. Ich meine, der Gemeinderat muss jetzt doch einmal über zwei Punkte Klarheit schaffen. Das erste ist: Hat man jetzt ein Budget 2017, wo man sich darüber einig ist, was die anrechenbaren Vollkosten pro Betreuungsstunde sein sollen, damit man sie entsprechend abrechnen kann, falls es nötig sein sollte? Und das Zweite ist, dass ja die Elternbeiträge gemäss der Leistungsvereinbarung in Dreijahreszyklen festzulegen sind. Insofern ist es auch richtig, dass man es nicht per Anfang 2016 tun konnte. Aber es steht eben auch in der Vereinbarung, dass das Aufgabe der Gemeinde ist. Sie äussert nicht einfach einen Wunsch, sondern die Gemeinde legt bis zum 31. August fest, wie hoch die Beiträge sein sollen, und dann gibt es einen dreijährigen Zyklus. Der erste war 2011 bis 2013, der zweite 2014 bis 2016. Und 2017, wenn das so weiterlaufen sollte, beginnt ja wieder ein neuer Zyklus. Datum hätte man mindestens vorsorglich, für den Fall, dass das auch im 2017 so läuft, die Elternbeiträge für 2017 bis 2019 neu festsetzen müssen. Das ist meine Frage: Hat man das getan?

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Das ist die einfachste Frage. Es steht im Dokument: Die Beiträge werden von heute CHF 1'980 auf neu CHF 2'300 angehoben per 1.1.2017, und damit ist, wie ich schon sagte, ein ganz wichtiger Schritt hin zum ausgeglichenen Budget gemacht. Wir haben jetzt plus/minus eine Differenz von 150'000 Franken, und daran arbeiten wir.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Mich freut es sehr zu hören, dass jetzt die Kooperation mit der Stiftung Tagesheime angelaufen ist. Das ist ja etwas, was ich in der bisherigen Behandlung dieses Geschäfts immer bemängelt hatte. Das ist übrigens ein Punkt des sogenannten Konzepts: dass man die Sachen gemeinsam erarbeitet. Ein zweiter Punkt, der mich schon früher gefreut hat, ich wiederhole es gern, ist, dass jetzt die Tagesbetreuung von 0 auf 12 oder 16 – ich weiss es nicht, weil es kein Konzept gibt oder ich es nicht kenne – unter einem Hut, sprich bei einem Departement angesiedelt ist. Das war vorher eine sehr ungünstige Lösung. Die weiteren Punkte, die zu einem Konzept gehören, habe ich schon zweimal genannt und tue es jetzt nicht noch einmal. Ich möchte nur sagen, dass man angesichts dessen, was Evelyne Roth so schön ausgeführt hat, bei dem Wachstum in diesem Geschäft, nicht mehr gleich wirtschaften kann, wie wenn es nur ein paar Kinder sind. Das ist eine andere Dimension. Da brauchen wir auch andere Strukturen und andere Qualitäten. Aber sicher nicht einen Blumenstrauss und nicht 50 Seiten.

Philippe Adam, Präsident: Wir kommen jetzt abschnittsweise zur Beratung.

Markus Gruber, 2. Vizepräsident: Der Abschnitt «1. Ausgangslage» ist schon erledigt. Jetzt also:

2. Erwägungen

keine Wortmeldung

3. Antrag

Philippe Adam, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats, Seite 5, gemäss Bericht 4306, sowie zur Schlussabstimmung. Ich lese den Antrag vor:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Einwohnerrat stimmt dem voraussichtlichen Nachtragskredit von CHF 468'663 zulasten Konto (5451.3636) zu.

://:

Dem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Philippe Adam, Präsident: Wer dem Geschäft als Ganzes zustimmen möchte, soll das mit Kartenerheben bezeugen.

://:

Dem Geschäft wird grossmehrheitlich zugestimmt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 18.08.2016, zur Motion von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 12.01.2015, betreffend Meilensteinplanung für den Lindenplatz
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4224B

Christoph Morat, Gemeinderat: Dem Gemeinderat sind der Lindenplatz und seine Entwicklung wichtig. Aus dem Grund hat er Ihnen heute die Beantwortung dieser Motion vorgelegt. Wenn man die Motion heute für erledigt erklärt, kann man den nächsten Schritt tun. Der nächste Schritt ist, dass man mit Ihnen zusammen, mit den Petenten, die eine Petition mit über 500 Unterschriften eingegeben haben, und mit weiteren Interessierten die Planung am Lindenplatz weiter vorantreiben kann. Ich bitte Sie darum, den Anträgen auf S. 5 zuzustimmen.

Christoph Stocker Arnet, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion hat den Bericht des Gemeinderats zur Motion von Bruno Gadola geprüft und diskutiert. Der Meilensteinbericht vom schweizweit renommierten Büro Metron liefert die nötigen Grundlagen in geeigneter Vertiefung und deckt alle wesentlichen Punkte für das weitere Vorgehen ab. Es wird sehr begrüsst, dass der Gemeinderat für das Voranbringen der Umgestaltung Lindenplatz eine Spezialkommission «Künftige Nutzung Lindenplatz» bilden will, in der alle Interessensgruppen vertreten sind. Wichtig ist der SP-Fraktion, nochmals zu erwähnen, dass die Planung eng mit dem Kantonsprojekt «Erneuerung Baslerstrasse» abzustimmen ist, sodass man Synergien nutzen und Kosten sparen kann. Auch in Rücksprache mit dem Motionär Bruno Gadola, der ja leider nicht mehr im Einwohnerrat ist, freuen wir uns auf eine Einladung in diese Spezialkommission, bedanken uns für den Bericht des Gemeinderats und empfehlen, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Wir haben schon damals, als dies das letzte Mal im Einwohnerrat traktandiert war und dann in globo zurückgewiesen wurde, den Bericht studiert. Wir sind immer noch der gleichen Meinung, was die Meilensteinplanung anbelangt, dass sich die Gemeinde Allschwil die Kosten von 2.56 Millionen effektiv nicht leisten kann. Wir verlangen, dass der Gemeinderat sich in einem ersten Schritt Gedanken macht, bei welcher Grenze ein Kostendeckel gesetzt werden soll, also wie viel Geld wir in diesen Platz investieren wollen, und dass man anschliessend schaut, was man mit diesem Geld realisieren kann. Weiter ist uns aufgefallen, dass im Bericht des Büro Metron, Seite 17, der Wunsch geäussert wird, dass die Planung bis an die Hausmauern gehen soll. Da sind aber Privateigentümer betroffen, und wir von der FDP-Fraktion sind der Meinung, es darf keinen Zwang geben für Privateigentümer, etwas umzugestalten. Also kein Eingriff ins Privateigentum. In einer Planung ist weiter darauf zu achten, dass keine Parkplätze verloren gehen, sondern dass, falls welche aufgehoben werden sollten, in der Nähe Alternativen angeboten werden. Denn wir haben am Lindenplatz auch Gewerbe, das auf seine Kundschaft angewiesen ist. Seitens der FDP-Fraktion ist immer noch ein Postulat hängig, bezüglich dessen wir auf den Bericht des Gemeinderates warten, wegen einer Wertstoff-Sammelstelle in der Region Lindenplatz. In der Fraktion war nie die Meinung, dass diese exakt auf dem Platz sein soll, sondern irgendwo dort im Quartier. Wir können es unterstützen, dass der Gemeinderat eine Spezialkommission einsetzt und haben die Erwartung, dass diese gewisse Voraussetzungen erfüllt und auch wirklich mitreden kann und nicht nur informiert wird, was gemacht werden soll. Der Zeitpunkt ist jetzt da, dass man mit dem Lindenplatz vorwärts machen kann. Wir hatten immer gesagt, wir wollen die Abstimmung mit dem Projekt «Sanierung Baslerstrasse», und dieses Projekt hat ja der Kanton jetzt wieder aus der Schublade herausgenommen, wenigstens die ersten zwei Etappen, wo der Lindenplatz dabei ist.

Jérôme Mollat, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Auch unsere Fraktion begrüsst die Meilensteinplanung, und auch wir befürworten, dass man beim Lindenplatz vorwärts macht. Allerdings sind wir der Meinung, dass

wir uns dabei auf das Wesentliche beschränken sollten. Vor allem stellen wir die Frage, ob es nötig ist, den Strassenraum, der immerhin einen Drittel der Kosten ausmachen würde, teuer zu sanieren, nur damit man am Schluss schönere Parkplätze hat. Wir würden es deswegen begrüßen, dass man sich vor allem auf die Grünflächen beschränkt und diese aufwertet mit neuen Spielplätzen, einem Pavillon, WC und allenfalls gar mit einer Aufhebung von Parkplätzen, zum Beispiel gegenüber der alten Post – obwohl wir auch wissen, dass das stark umstritten sein dürfte.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Können wir drei Minuten Time-out haben?

Philippe Adam, Präsident: OK.

[Die Sitzung wird für ca. 3 Minuten unterbrochen.]

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die kurze Hektik hat sich aus folgendem Grund ergeben. Christoph Morat hat gesagt – und ich hoffe, er erklärt das nachher ausführlich – wenn wir diese Motion annehmen, sie also abschreiben, dann könnte man den nächsten Schritt der Planung in Angriff nehmen. Im letzten Dezember hat der Einwohnerrat das Konzept, wie es hier vorliegt, zurückgewiesen mit zwei Bitten. Zum einen, dass man die Motion separat bringt, damit man sie als erledigt abschreiben kann, und dass man den Lindenplatz separat fährt. So wie ich es jetzt herausgehört habe, ist so ziemlich die ganze Seite hier der Meinung, dass, bevor irgendetwas geplant oder in Angriff genommen wird, zuerst wieder ein Vorstoss kommen müsste mit einem genauen Kostenbudget. Das war im Dezember ganz klar die Meinung. Wenn wir das aber jetzt abschreiben und dann sofort mit einer Planung fortfahren, dann würde das überhaupt nicht dem entsprechen, was der Einwohnerrat im Dezember beschlossen hat. Das haben wir gerade nachgeschaut.

Christoph Stocker Arnet, SP-Fraktion: Ich habe es so verstanden, dass dann diese Spezialkommission eingesetzt wird, in der alle Fraktionen und Interessengruppen vertreten sind, und dort wird das weitere Vorgehen vorbereitet, das dann immer wieder im Einwohnerrat diskutiert wird. Nur so kommen wir beim Lindenplatz vorwärts, wenn wir alle Interessen zusammennehmen und schauen, dass wir einen gemeinsamen Nenner finden. Ich sehe auch, dass die Anliegen der FDP zu den Dingen gehören, die man dann in dieser Kommission bereden und die Vor- und Nachteile gegeneinander abwägen kann. Wir sind mit der FDP auch einig, dass wir keine Wertstoffsammelstelle direkt auf dem Lindenplatz wollen. Die kann in der Umgebung sein. Das alles kann man in einer solchen Spezialkommission bereden, und darum bitte ich, den Anträgen zuzustimmen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Nein, das ist nicht die Meinung. Die Meinung ist – wir haben den Beschluss vom Dezember nachgelesen – es gibt eine separate Vorlage. Und wenn man weiterfahren will, muss dafür nochmals ein Vorstoss hier deponiert werden. Jetzt geht es nur um das Abschreiben des Papiers, und dann ist Stopp, bis wieder ein Antrag hier drin ist, und dann wird weiterverhandelt, und es wird nicht automatisch ein Weiterverhandeln ausgelöst. Das steht in der Rückweisung vom Dezember und ich halte daran fest. Es wird jetzt gestoppt, und dann kommt ihr eben nochmals mit einem Antrag, und wenn er durchgeht, ist es gut; und wenn er nicht durchgeht – shit happens!

Christian Kellermann, CVP-Fraktion: Wir von der CVP haben das ebenfalls eingehend angeschaut und diskutiert, und wir sind dafür, dass wir da vorwärts machen. Das Thema wird jetzt doch schon mehrere Jahre mitgetragen. Wir sehen das als Konzept an. Den Betrag für die Erstellung des Konzepts schliessen wir heute hoffentlich ab so dass wir mit dieser Spezialkommission weiterplanen können. Ich würde es begrüßen, wenn wir jetzt vorwärts machen könnten.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Könnten wir bitte vom Gemeinderat hören, wie er das versteht. Ist es das Geschäft, wie man es im Dezember beschlossen hat und wie es auch an Fraktionssitzungen vom Gemeinderat erklärt wurde? Geht es also um die Erledigung des Vorstosses von Herrn Gadola? Oder geht es darum, schon weitere Kosten zu genehmigen? Und wenn der Gemeinderat dies als das weitere Vorgehen ansieht: Welche Kosten entstehen da? Wir sind der Meinung, dass abgemacht ist, dass das in einem anderen Geschäft, das vom Gemeinderat vorgelegt wird, zur Genehmigung kommt.

Christoph Morat, Gemeinderat: Kathrin Gürtler, du triffst den Nagel auf den Kopf. Es geht jetzt zuerst einmal darum, die Motion abzuschreiben. Es geht darum, dass der Einwohnerrat die Kosten, die das verursacht hat und die er ja bewilligt hatte, zur Kenntnis nimmt und dass man das Papier zur Kenntnis nimmt, das die Firma Metron für dieses Geld erstellt hat. Und der Stopp, den der Einwohnerrat am

8. Dezember 2015 vorgegeben hat, der hat ja bis jetzt stattgefunden. Der Gemeinderat hat sich darüber unterhalten, wie es am Lindenplatz weitergehen soll. Wir möchten vorwärts machen. Zu diesem Zweck geht es genau darum, dass ihr, also die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte aller Fraktionen plus Petitionäre plus weitere Beteiligte wie zum Beispiel KMU oder andere Gruppierungen, die Interesse haben an der Weiterentwicklung des Lindenplatzes, zusammensitzen und genau die Punkte, die du aufgelistet hast und die Punkte, die im Dezember aufgelistet wurden, besprechen, damit man eine gewisse Ahnung davon bekommt, welche Kosten das auslösen kann, sodass man dann effektiv wieder einen Antrag formulieren kann. Der Gemeinderat und die Verwaltung möchten das nicht allein im dunklen Kämmerlein machen, sondern wir möchten das gemeinsam mit euch erarbeiten, und ihr seid herzlich eingeladen, Personen in diese Kommission hineinzuwählen, sodass dann auch tatsächlich als Vorbereitung ein Antrag hier stehen kann. Aber wir möchten diesen Antrag nicht allein im dunklen Kämmerlein zusammenbasteln, sondern wir möchten wirklich abholen, was denn jetzt effektiv Sache ist. Wie stark sollen die verschiedenen Punkte, die heute auch wieder genannt wurden, gewichtet werden? Da geht es noch nicht um Kosten. Da geht es um ein paar Kommissionssitzungen mit dem üblichen Sitzungsgeld. Da werden auch noch keine Spezialisten zugezogen. Diese haben ihre Arbeit abgegeben. Wir haben ein Konzept. und es geht darum, dass wir dies weiterentwickeln zu einer mehrheitsfähigen Vorlage. Und die mehrheitsfähige Vorlage kommt dann wieder hier herein, und der Einwohnerrat beschliesst, wie es damit weitergeht. Wir sind allerdings, wie das auch schon benannt wurde und wie es auch in der Vorlage drinsteht, leicht unter Zugzwang, weil der Kanton nun doch schneller an der Baslerstrasse anfangen will zu arbeiten, als er uns ursprünglich einmal gesagt hatte. Insofern kann ich die Frage also so beantworten, dass im Moment keine weiteren Kosten entstehen – mit Ausnahme von Sitzungsgeldern, das ist klar – aber anschliessend kommt es wieder in den Einwohnerrat und dann geht man in die eigentliche Vorprojektierung oder Bauprojektierung.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Das ist das, was wir hören wollten. Wir waren zuerst sehr irritiert. Wenn wir davon ausgehen können, dass das ein Gremium oder eine Kommission ist mit Vertretern des Einwohnerrates und der Wirtschaft und keinen externen Ingenieuren, Architekten oder Sachverständigen, dann ist es für uns OK. Dann können wir es so abschreiben. Uns hatte es zuerst gedünkt, dass da in Bezug auf Plänen und Weiterfahren bereits mehr aufgegleist werden soll. Das wollte wir relativiert haben, damit hier drin allen bewusst ist, wie das funktionieren soll.

Philippe Adam, Präsident: Wir kommen zur abschnittswisen Beratung. Der zweite Vizepräsident führt uns durch die Abschnitte.

Markus Gruber, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage
keine Wortmeldung

2. Erwägungen
keine Wortmeldung

3. Kosten / Abrechnung Meilensteinplanung
keine Wortmeldung

4. Informationen zum weitere Vorgehen

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Als ich Ende 2015 festgestellt hatte, dass der Gemeinderat mit einer Vorlage bezüglich Lindenplatz schon zweimal gescheitert war, stellte ich ein Verfassenspostulat «Bitte macht vorwärts mit dem Lindenplatz». Ich stelle mit Freude fest, dass das Verfassenspostulat eigentlich dem Vorschlag entsprochen hat. Nicht so erfreut bin ich, dass man ein weiteres Jahr verloren hat.

5. Anträge

Philippe Adam, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderates, Seite 5.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Das Konzept «Meilensteinplanung Lindenplatz» vom 23. September 2015 wird zur Kenntnis genommen.

://:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

2. Die Abrechnung für das Erstellen des Konzepts «Meilensteinplanung Lindenplatz» vom 23. September 2015 im Betrag von CHF 27'372.65 inkl. MWST wird genehmigt.

://:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

3. Die Motion Nr. 4224 wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Philippe Adam, Präsident: Wer dem Geschäft als Ganzes zustimmen möchte, soll das durch Erheben der Karte bezeugen.

://:

einstimmig Ja

PAUSE

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Philippe Adam, Präsident: Wir fahren weiter. Ich übergebe das Wort an Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Wir haben heute jemanden unter uns, der das letzte Mal bei uns ist, weil er unsere Gemeinde verlässt und seine Stelle hier gekündigt hat. Es handelt sich um Gemeindeverwalter Dieter Pfister. Ich habe die schmerzliche Pflicht, diese Verabschiedung vornehmen zu müssen, und ich werde das selbstverständlich tun. Ich habe ein kleines Präsent vorbereitet, das ich jetzt gerne übergeben möchte.

[Die Gemeindepräsidentin überreicht Dieter Pfister ein Präsent und dankt ihm für sein Engagement und seinen unermüdlichen Einsatz; er war stets morgens der Erste und abends der Letzte im Büro. – Anhaltender Applaus]

Philippe Adam, Präsident: Auch wir haben vom Büro aus noch ein kleines Präsent als Dankeschön für die gute Zusammenarbeit [übergibt Dieter Pfister ein Präsent]. – Wir fahren weiter im Info-Fenster des Gemeinderats.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Als erstes möchte ich auf das Papier eingehen, das zu Beginn der Sitzung angesprochen wurde. Es beinhaltet eine Pressemitteilung, darum sieht es von der Darstellung her so aus. Wie Sie wissen, hat der Gemeinderat aufgrund des Gemeindeentwicklungsprojekts, und weil man die Bedürfnisse der Einwohner erfassen wollte, eine Einwohnerbefragung durchführen lassen, und zwar in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule St. Gallen. Im Rahmen dieser Befragung hat man 1'000 zufällig ausgewählte Einwohnerinnen und Einwohner befragt, und zwar zu zwei Themenkomplexen: einerseits Dienstleistungen der Gemeinde und andererseits zu Wohnen und Leben in der Gemeinde. Das heisst, es wurden einzelne Blöcke abgefragt wie Gemeindeverwaltung, Sicherheit, Schulen, Entsorgung und Versorgung, Verkehrswesen, Gesundheit/Soziales sowie Leben in Allschwil. Die Ergebnisse dieser Befragung liegen jetzt vor, im Detail können Sie die Ergebnisse in dieser Pressemitteilung nachlesen. Ganz kurz zusammengefasst möchte ich festhalten: Sämtliche abgefragten Themenbereiche weisen im Durchschnitt einen Mittelwert von 3 auf einer Skala von 1 bis 5 auf, als mehr als die Hälfte. Das heisst die Einwohnerschaft ist im Grunde mit den Themenbereichen zufrieden. Am besten abgeschnitten hat in der Umfrage der Bereich Kontakt mit der Gemeindeverwaltung. Verbesserungspotenzial – ja, das haben wir auch, das ist so. Aufgrund dieser Befragung gibt es dies in den Bereichen «Leben in der Gemeinde» und «Schulen». In Klammern: Die Befragung wurde gemacht, bevor dieses wunderbare Schulhaus hier eröffnet wurde, sonst wäre das Ergebnis vielleicht anders herausgekommen. Zusätzlich zur Auswertung bezogen auf Allschwil hat dann

die Fachhochschule St. Gallen auch Vergleiche mit anderen Gemeinden angestellt. Das heisst man hat nicht nur geschaut, wie die Themenbereiche grundsätzlich abschneiden, sondern auch, wie wir im Vergleich zu anderen Gemeinden dastehen. Da zeigt sich das folgende, ganz kurz geschilderte Ergebnis: Überdurchschnittlich hohe Werte hat Allschwil im Vergleich zu anderen Gemeinden in den Bereichen gesundheitliche Versorgung, Angebot im öffentlichen Verkehr, saubere und ordentliche Sammelstellen, verhältnismässiger Winterdienst und bei der Trinkwasserqualität. Hier sind wir im Vergleich zu anderen Gemeinden überdurchschnittlich gut unterwegs. Verbesserungspotenzial hat sich gezeigt im Vergleich zu anderen Gemeinden in den Bereichen Massnahmen im Zusammen mit Littering, Angebot an Abfallkübeln im öffentlichen Raum, im Rahmen des Strassenzustandes, bei den Wegen und Plätzen, bei den Öffnungszeiten des Hallenbads in beim Angebot an öffentlichen Parkplätzen.

Wie geht es jetzt weiter, was macht der Gemeinderat mit diesem Ergebnis, respektive was hat er schon gemacht? Der Gemeinderat hat zusammen mit dem Verwaltungskader einen Workshop durchgeführt und dort die Ergebnisse dieser Umfrage analysiert und erste Vorschläge für mögliche Massnahmen entwickelt und andiskutiert. Wichtig ist dem Gemeinderat, dass die strategischen Ziele und Massnahmen aus dieser Umfrage mit dem Leitbildprozess verknüpft werden und dort einfließen. Die Einwohnerschaft soll dann auch zeitnah über die konkreten Massnahmen, die aufgelegt werden sollen, informiert werden. Zudem ist es das Ziel, die Zusammenhänge zwischen den Ursachen und der Wirkung zu erkennen und damit in Zukunft proaktiv agieren zu können. Allenfalls ist es dann vielleicht auch richtig – und das wird der Gemeinderat noch entscheiden – dass man in weiteren Jahren nochmals eine gleichartige Umfrage durchführen lässt. Dann könnte man konkret vergleichen, wie sich die Situation verändert, um nicht zu sagen verbessert hat. Das ist aber vom Gemeinderat noch nicht definitiv entschieden worden. So viel zu dieser Thematik.

Christoph Morat, Gemeinderat: Nach den Sommerferien wurde im Gemeinderat bekannt, dass drei oder vier Kinder aus dem Pestalozzi-Kindergarten Erkältungssymptome oder Symptome einer Reizung hatten. Der Gemeinderat hat reagiert und die Firma Carbotech aufgebeten. Diese hat im Pestalozzi-Kindergarten Luftmessungen und Schadstoffmessungen vorgenommen, dies nicht zuletzt aufgrund des Hinweises von Roland Naef, der ja im Juni auch schon diesbezügliche Vermutungen geäussert hatte, dass dort etwas nicht stimmen könnte. Die Firma Carbotech hat ihren Bericht jetzt angegeben, und ich kann Ihnen sagen, es hat keine Schadstoffe, die nennenswert sind, im Kindergarten Pestalozzi. Wir haben dann noch weiter geschaut, denn es interessiert den Gemeinderat wirklich, wie man dort allenfalls gewissen Immissionen, die den Kindern und Lehrpersonen nicht gut tun, begegnen könnte. Wir sind jetzt noch daran mit einem unabhängigen Lüftungsingenieur, der nichts mit dem Bau der Anlage zu tun hatte. Er wird sich die Anlage auch nochmals vornehmen und einen Bericht liefern, sodass wir hoffentlich mit abschliessender Sicherheit sagen können, dass es nichts mit dem Bau oder Betrieb des Kindergartens Pestalozzi zu tun hat. Gleichzeitig möchte ich auch bekanntgeben, dass die Eltern und Lehrpersonen ebenfalls informiert wurden. Wir haben das heute gleichzeitig gemacht mit Ihnen und der Öffentlichkeit.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich habe heute ausnahmsweise eine Meldung von einer externen Firma, nämlich von der Genossenschaft Elektra Birseck-Münchenstein. Die EBM, als Genossenschaft organisiert, führt alle vier Jahre Delegiertenwahlen durch. Dabei ist es so, dass es dieses Jahr tatsächlich passiert ist, dass für 9 Sitze, die Allschwil zugute hat, nur 7 Bewerbungen eingegangen sind. Aufgrund dieser Situation – die Anmeldefrist ist eigentlich letzte Woche abgelaufen – hat uns die EBM gebeten, heute zu informieren und zu fragen, ob sich nicht mindestens noch zwei Allschwiler Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer melden und als EBM-Delegierte kandidieren würden. Wenn Sie interessiert sind, können Sie entweder sich an mich wenden, oder sie können die Formulare, die Sie von der EBM zugeschickt bekommen haben, nutzen, um Ihren Wahlvorschlag selbständig einzureichen. Weil jetzt aber wieder eine Frist gesetzt worden ist, möchte ich Sie bitten, dies in den nächsten Tagen anzukündigen respektive selber zu machen, weil der Wahlvorschlag bis spätestens 22. September – Donnerstag nächster Woche – abgeschickt sein muss, massgebend ist das Datum des Poststempels. Als Wahlvoraussetzung müssten Sie Mitglied der Genossenschaft EBM sein, Sie müssen handlungsfähig sein und weniger als 70 Jahre alt. Wenn Sie Fragen haben, können Sie gerne auch noch nach der Einwohnerratssitzung zu mir kommen.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich würde gerne das Info-Fenster nutzen, um noch kurz auf den Anlass von gestern Abend einzugehen, als uns die Bürgergemeinde zu einem Informationsabend im Zusammenhang mit dem Allschwiler Wald eingeladen hatte. Die Einladung erfolgt jedes Jahr. Sie geht immer an die Gemeinderäte, an Sie, die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, aber auch an die Landrätinnen und Landräte aus unserem Kreis. Ich möchte deshalb nochmals darauf zurückkommen, weil der Anlass jedes Jahr ein ganz toller Anlass ist. Man erfährt wirklich immer viel. Für mich, die ich mit Pflanzen nicht so viel am Hut habe, ist immer eine ganze Menge Neues dabei. Wir durfte jetzt zum

Beispiel erfahren, was die Traubeneiche ist und die Stieleiche. Und wir haben auch wieder erfahren, wie gross der Wald ist, wie viele Leute ihn nutzen, wie er wieder erneuert und aufgeforstet wird. Es ist wirklich sehr spannend, und die Bürgergemeinde macht das hervorragend, insbesondere natürlich Markus Lack, der unser zuständiger Förster ist. Ich möchte Sie ermuntern, schauen Sie wenn möglich, dass das Datum nächstes Jahr auch in Ihrer Agenda eingetragen wird. Das würde auch das gegenseitige Verständnis der Bürgergemeinde und der Einwohnergemeinde stärken, und das wäre gut.

FRAGESTUNDE

Pascale Uccella-Klauser, SVP-Fraktion: Ich danke Nicole Nüssli-Kaiser, dass sie das bereits übernommen hat; ich hätte nämlich auch etwas zu dem Anlass von gestern sagen wollen. Ich finde es wirklich schade, dass wir von den Einwohnerräten so wenig vertreten waren. Ich finde das sehr traurig. Es war nämlich ein ganz toller Anlass. – Jetzt aber zu meiner Frage: Ich weiss den Hintergrund, das hat mir Herr Dieter Pfister schon gesagt, aber wir hatten hier drin einen KMU-Anlass, und ich muss ganz ehrlich sagen, er ist sehr gut besucht worden. Und dann gab es eine Pause oder besser gesagt einen Apéro riche, der so weit OK war – aber es war eine Firma aus Basel-Stadt. Das hat mich sehr, sehr enttäuscht. Ich verstehe den Hintergrund, dass das eine Firma ist, die das von der Tagesschule aus macht. Aber wenn man schon einen KMU-Anlass Allschwil macht, dann fragt doch bitte ein KMU aus Allschwil, ob er das auch vorbeibringen würde.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Auch wenn keine Frage gestellt wurde, möchte ich doch auch etwas dazu sagen. Es ist so, der Anlass fand statt unter dem Titel «Was kann die Gemeinde für die KMU tun?» Da kommt vieles zur Sprache, vom Verkehr über Submission bis zuletzt – oder auch zuerst, je nachdem, wie man es anschaut – auch die Vergabepaxis an die einzelnen Firmen. Klar, das ist immer wieder ein Thema und keine ganz einfache Situation. Das werden Sie auch erfahren bei der Behandlung des Vorstosses von Andreas Bammatter, der heute vertagt wurde. Wir als Gemeinde sind einfach verpflichtet, alle gleich zu behandeln. Konkret auf das Catering bei diesem Anlass bezogen: Es ist so, wie es gesagt wurde, es handelt sich um die Firma, die hier im Schulhaus kocht, für das Schulhaus, den Tageskindergarten und den Mittagstisch. Das ist die Firma, der wir aufgrund der Submission den Auftrag gegeben hatten. Diese Firma haben wir deshalb auch bei diesem Anlass berücksichtigt, einerseits weil sie sich in dem Haus auskennt, andererseits ist es so, dass sie uns beim Einweihungsfest für die Schule den Apéro für die sogenannten VIP-Personen gesponsert hatten. Ich denke, das ist eine gute Antwort, warum man sie auch bei diesem Wirtschaftsanlass berücksichtigen konnte. Aber es ist auch klar, wir werden in Zukunft auch andere berücksichtigen hier drinnen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich habe drei Fragen. Die erste bezieht sich auf das Seitz-Haus an der Klarastrasse. Es ist nicht mehr bewohnbar, die Mieter sind alle draussen. Jetzt ist die Frage, wie geht es dort weiter? Was gedenkt der Gemeinderat zu tun? – Zweitens: Wir sitzen jetzt hier in dem neuen Schulhaus. Ich war immer so ein lästiger Typ, der sagte, man müsste sich Gedanken machen über die Sicherheit. Dann hiess es immer, wenn es dann da ist, dann ist das auch da. Ich wäre jetzt froh, und ich frage einmal: Wo ist das Sicherheitskonzept? Man hat das mehrmals versprochen, wenn das Schulhaus eröffnet ist, steht es fix und fertig da. Was passiert, wenn evakuiert werden muss? Wohin rennen die Kinder? Hat man es geprüft? Hat man es durchgespielt? Ist es gelaufen? Man hat versprochen, bei der Eröffnung ist es gemacht. Ist es gemacht? Ich habe nichts gehört, ich weiss von nichts. Hoffen wir, es ist da. – Dann habe ich eine Bitte: Der Versand ist leider nicht immer komplett. Es haben nicht immer alle das gleiche Ding, oder jemand hat es doppelt. Dass man da ein wenig ein Augenmerk drauf legt für die Einwohnerratssitzungen, dass man den Versand sauber macht und gegengeprüft wird, ob wirklich alles drin ist, was drin sein muss. Das wäre eine Bitte.

Christoph Morat, Gemeinderat: Du sprichst das Seitz-Haus an, das ist, nehme ich an, die Klarastrasse 4, das der Gemeinde gehört. Die Klarastrasse 4 haben wir eigentlich zum Verkauf ausgeschrieben. Es ist richtig, dass im Moment niemand dort drin wohnt. Es stimmt nicht, dass es unbewohnbar ist. Es ist unbewohnt, nicht unbewohnbar. Im Moment ist es nicht vermietet, das ist so. Der Gemeinderat hat sich Gedanken darüber gemacht, wie man es verkaufen kann. Er hat auch weitere Aspekte mit hinzugenommen, wie zum Beispiel, ob man den Garten vornedran noch einbezieht. Davon wäre nur ein Teil dabei gewesen, und das ist offenbar zu wenig attraktiv. Wir werden im Gemeinderat diesen Herbst noch darüber befinden, wie es dort weitergehen soll. – Zum Sicherheitskonzept. Das ist ein Thema im Gemeinderat. Die Sicherheitseinrichtungen sind selbstverständlich alle voll funktionsfähig. Die Sicherheitseinrichtungen sind geprüft. Wir befinden uns in einem von den Behörden abgenommenen Haus. Das ganze Sicherheitskonzept ist aber noch in Arbeit. Das haben wir noch nicht fertiggebracht, und

wir müssen demnächst im Gemeinderat beraten, wie das weitergeht. Das wird noch vor den Herbstferien sein, dass sich der Gemeinderat intensiver mit der Thematik auseinandersetzen kann. – Zum Versand kann ich nichts sagen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich muss feststellen, man hat Sachen versprochen und sie nicht eingehalten. Und das, finde ich, gehört sich einfach nicht. Man hat mehrmals gesagt, jawohl, bei der Eröffnung ist es da. Und ich finde, wenn man das schon mehrmals mir gegenüber bringt, dass man es dann aber auch macht, bitte. Es gehört sich nicht. Das ist unanständig. Und zwar ziemlich unanständig. Ich möchte nicht weiterreden, sonst kommen mir böse Wörter heraus.

Nicolas Chapuis, SP-Fraktion: Ich habe eine Frage zur unentgeltlichen Rechtsberatung, die dieses Jahr wieder eingeführt worden ist. Wie läuft das? Nutzt es die Allschwiler Bevölkerung?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Eine gute Frage, aber die Antwort ist nicht ganz einfach. Eine effektive Studie, wie es jetzt funktioniert, haben wir nicht gemacht. Ich kann einfach so viel sagen: Sie findet wie zuvor am Montagabend statt, und wenn ich an dem Abend nach Hause gehe, sehe dort Leute, die warten.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich habe eine Frage zu dem Papier, das eine Pressemitteilung ist, wahrscheinlich an Frau Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli. Auf Seite 3 steht, «im Vergleich zu anderen Gemeinden weist Allschwil...» – meine Frage ist einfach: Sind das Gemeinden aus unserer Agglomeration mit ähnlicher Grösse? Sonst sagt mir das nichts – wenn man etwa Anwil oder eine ähnliche Gemeinde genommen hätte. Wie kann ich mich vergleichen?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Die Frage kam auch im Gemeinderat, und uns wurde von der Fachhochschule St. Gallen gesagt, dass das Gemeinden unterschiedlicher Grösse seien. Es hat solche in unserer Grösse, aber es hat auch kleinere dabei, und zwar verteilt auf die ganze Schweiz.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Diese Woche am Montag hat der Gemeinderat mitgeteilt, dass die Departemente von sieben auf fünf reduziert werden sollen und dies ab Mitte nächstes Jahr. Mir stellt sich dazu die Frage, wie es dann mit der Anzahl Gemeinderatsmitglieder aussieht. Wie weit ist der Gemeinderat diesbezüglich mit seinen Gedanken?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich durfte diese Frage auch schon Frau Andrea Schäfer erklären, weil sie in diesem Punkt eine Nachfrage zur Medienmitteilung hatte. Es ist in der Tat nicht ganz einfach, sich das vorzustellen. Die Idee ist, von sieben Departementen auf fünf Bereiche zu reduzieren. Unter diesen Bereichen sind selbstverständlich alle Aufgaben, die heute in den verschiedenen Departementen erledigt werden, aufgeführt. Die Idee ist, dass jeder Gemeinderat ein paar einzelne Aufgaben aus den verschiedenen Bereichen zugeordnet bekommt als Ressortverantwortlichkeit. Das heisst, es gibt nicht mehr eine 1:1-Zuordnung eines Gemeinderates mit einem entsprechenden Hauptabteilungsleiter, sondern Bereichsleiter, wie sie sich nachher neu nennen. Es kann sein, dass er in seinem Aufgabenbereich zwei zuständige Ressortverantwortliche haben wird oder vielleicht sogar drei, das kommt darauf an. Da sind wir noch nicht so weit, weil das alles am Schluss die Aufgabe der Projektgruppe ist, die wir einsetzen, die die Detaillösungen zusammen mit dem Gemeinderat und den Hauptabteilungsleitern erarbeiten darf. Wichtig ist für den Gemeinderat die Stossrichtung, in der Verwaltung eine Reorganisation hinzubekommen, sodass wir am Schluss «nur» noch fünf Bereiche haben werden. Natürlich ist sofort auch die Frage aufgetaucht, ob das dann auch bedeutet, dass es nur noch fünf Gemeinderäte gibt. Nein, im Gegenteil! Es ist wichtig, dass wir im Gemeinderat bei sieben bleiben. Das hat verschiedene Gründe. Einerseits der Aufwand. Ich lasse jedem gerne einmal einen Auszug aus unserer Agenda zukommen, woraus man sieht, wie viele Sitzungen wir haben, und die werden ja nicht einfach weniger, nur weil man vielleicht die Idee haben könnte, nur noch fünf Gemeinderäte zu haben. Der andere Grund ist der, dass wir klar der Meinung sind, es sollte jede politische – Gruppierung ist falsch gesagt, aber jede politische Gesinnung soll in dem Gemeinderat vorhanden sein, damit auch ausgewogene Entscheide gefällt werden können. Das sind die beiden Hauptgründe. Aus Sicht des Gemeinderates ist klar, dass wir bei sieben bleiben.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Ich bin letzten Samstag mit viel Interesse durch das neue Schulhaus gegangen und finde, das ist wirklich der Hammer; da ginge ich auch gern wieder in die Schule. Etwas, das mir aber nicht so gefallen hat, ist diese Wertstoffsammlung ganz nahe bei dem Schulhaus. Ich finde das einen etwas unglücklichen Standort, vor allem weil ja hundert Meter weiter, beim Coop, eine Wertstoffsammelstelle ist. Welcher Gedanke steht dahinter, dass man diese Sammelstelle 1:1 ersetzt hat?

Robert Vogt, Gemeinderat: Wir hatten aufgrund unseres Entsorgungskonzepts ein Defizit in diesem Bereich Binningerstrasse und Allschwil Dorf. Die Wertstoffsammelstelle im Coop ist eigentlich nur die Kunden vom Coop und der Läden ringsum gedacht. Die übrige Bevölkerung sollte eigentlich nicht dort ihre Ware entsorgen. Deswegen haben wir uns entschieden, zusammen mit dem Schulhaus so eine Entsorgungsstelle zu bauen. Der Standort ist aber sehr bewusst an der Binningerstrasse gewählt worden, auf der Rückseite der Turnhalle, damit es keine Konfrontationen gibt mit der Querung von Schulbetrieb, und ich glaube, es ist uns ausserordentlich gut gelungen. Ich war selber schon an dieser Entsorgungsstelle und habe gemerkt, es gibt keine Überschneidungen. Denn die Schülerströme bewegen sich in einem anderen Kanal. Deswegen glauben wir, dass der Entscheid richtig war, die Wertstoffsammelstelle hier beim Schulhaus zu errichten.

Rolf Adam, CVP-Fraktion: Wir haben vorhin Dieter Pfister schon einmal vorab verabschiedet. Ich wollte frage wie das ad interim aussieht. Wer kommt? Und wie lang ist das Überbrückungszeitfenster?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Auch diese Frage wurde mir schon einmal von der Presse gestellt. Es wurde vom Gemeinderat entschieden, dass ad interim Herr Dr. Albert Schnyder die Verwaltung führen wird. Er wird einen Teil der Aufgaben von Dieter Pfister übernehmen, denn er wird anfänglich nur 70% für uns tätig sein können und ab 1. Februar 50%. Man sieht schon allen daran, dass es ihm nicht möglich sein wird, alle Aufgaben zu erledigen. Selbst wenn er 100% kommen würde, würde es nicht reichen, denn ich weiss, was für ein Pensum der jetzige Gemeindeverwalter an den Tag gelegt hat. Wir gehen davon aus, dass Herr Schnyder die richtige Person ist. Er hat Projektmanagement-Erfahrung, Prozessmanagement-Erfahrung; er hat lange Zeit als Personalleiter bei der Schweizerischen Caritas gearbeitet und ist jetzt aktuell Hochschuldozent bei der Hochschule Luzern. Über diesen Konnex kam auch der Kontakt zustande, sodass wir uns überzeugen konnten, dass er die richtige Person ist. Er kann auch sofort einsteigen, was ja sonst auch oft ein Problem ist. Er kann Anfangs Oktober nahtlos bei uns anfangen. – Wie sehen wir den weiteren zeitlichen Fahrplan? Wir gehen davon aus, dass die Ausschreibung im September noch starten kann. Wir haben entschieden, uns da extern begleiten zu lassen. Diese Gespräche nehmen wir jetzt auf. Die Wunschvorstellung ist, dass im Sommer 2017 der neue Leiter Gemeindeverwaltung, wie es dann neu heissen soll, angestellt werden kann. Wir wissen alle, bei Kaderstellen ist die Kündigungsfrist sechs Monate, und bis die Ausschreibung steht und die Bewerbungsgespräche stattgefunden haben, gehen wahrscheinlich mindestens drei Monate ins Land.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Zwei Anschlussfragen zur Reduktion des Gemeinderates: Da möchte ich gerne wissen, ob der Gemeinderat als Gremium schon darüber abgestimmt hat, ob sie sieben oder fünf sein sollen? Und kann ich nach den Äusserungen der Gemeindepräsidentin, denen ich sehr amüsiert gefolgt bin, davon ausgehen, dass es jetzt im Gemeinderat Allschwil auch eine Zauberformel gibt? Oder wie funktioniert das, wenn da jetzt alle vertreten sein sollen?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ob das eine Zauberformel ist, müsst Ihr entscheiden, oder du, Florian Spiegel, das weiss ich nicht. Tatsache ist, dass sich der Gemeinderat in einem Grundsatzentscheid dahingehend geäussert hat, dass er bei sieben bleiben möchte.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Interpellation von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, vom 17.04.2016, betreffend
Was bedeutet eine ausgewogene Finanzbeschaffungsstrategie?

Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt, Geschäft 4283 / A

[vertagt]

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Postulat von Ueli Keller und Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion,
vom 11.04.2016 betreffend Spielgruppen

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 4281

Philippe Adam, Präsident: Liegt ein Gegenantrag vor? Das ist nicht der Fall.

://:

Das Postulat ist überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Postulat der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, vom 18.05.2016,
betreffend Transparenz im Bildungsbereich zwecks Steuerung und Führung
im Primarschulbereich (Primarschulklassen und Kindergärten)

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 4294

Philippe Adam, Präsident: Liegt ein Gegenantrag vor? Das ist nicht der Fall.

://:

Das Postulat ist überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8

Motion der SP-Fraktion, vom 18.05.2016, betreffend
Integrationskonzept

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Roman Klauser, Geschäft 4295

Philippe Adam, Präsident: Liegt ein Gegenantrag vor? Das ist nicht der Fall.

://:

Die Motion ist überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 9

Postulat von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 14.06.2016, betreffend
Überprüfung der gemeindeeigenen Organisation der Tagesfamilien

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 4300

Philippe Adam, Präsident: Liegt ein Gegenantrag vor? Das ist nicht der Fall.

://:

Das Postulat ist überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 10

Motion von Matthias Häuptli, GLP, vom 24.02.2016, betreffend
Konzept „Wohnen am Arbeitsort“
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4274

Christoph Morat, Gemeinderat: Grundsätzlich ist das ein wünschenswertes Anliegen, das die Grünliberale Partei Allschwil geäussert hat. Aber der Kontext, in dem das stattfindet, ist das sogenannte räumliche Entwicklungskonzept. Dieses entwickeln wir gerade. Es hat eine erste Steuerungsgruppensitzung stattgefunden, die zweite ist in Planung. Wir werden demnächst mit einer Begleitkommission die ersten Schritte anschauen, die in diesem räumlichen Entwicklungskonzept gemacht werden sollen. Und bereits im Dezember findet eine öffentliche Veranstaltung statt, sodass auch Einwohnerinnen und Einwohner von Allschwil sich ein erstes Bild verschaffen können. Das heisst, wir sind eigentlich schon an der Umsetzung des Anliegens. Daher bittet Sie der Gemeinderat, der Motion nicht stattzugeben, da wir das Thema bereits intensiv bearbeiten.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Es ist ja erfreulich, dass das im Rahmen der Raumplanung verfolgt wird, im Rahmen des räumlichen Entwicklungskonzepts. Das war uns auch bekannt. Aber das Konzept, das wir wünschen, soll eben nicht auf die Raumplanung beschränkt sein, das steht da auch ausdrücklich: «Es soll übergreifend und nicht auf die Raumplanung beschränkt sein», sondern auch auf die sonstigen Bedürfnisse von potenziellen Zuzüglern mit Arbeitsort Allschwil, beispielsweise im Bereich Schulen und Verwaltung, eingehen. An einem solchen übergeordneten Konzept fehlt es. Es ist natürlich schon gut, wenn das im Rahmen der räumlichen Entwicklung berücksichtigt wird, aber wir haben andere derartige Konzepte, zum Beispiel das Alterskonzept. Und wenn ein Anliegen einmal in Konzeptform gefasst ist, dann hat es ein bestimmtes politisches Gewicht. Und ich denke, auch das Thema «Wohnen am Arbeitsort», Vereinbarkeit von beidem und kurze Arbeitswege, sollte etwas sein, das nicht nur in der Raumplanung Stellenwert hat, sondern ganz generell bei allen Aufgaben, die die Gemeinde wahrnimmt, weil es ein übergreifendes Thema ist. Darum halten wir an dieser Motion fest.

Philippe Adam, Präsident: Es gibt kein Wortbegehren. Wir kommen daher gerade zur Abstimmung. Wer das Geschäft 4274, diese Motion überweisen will, soll das jetzt mit der Karte bezeugen.

://:

Die Motion wird mit 18 Nein bei 11 Ja und 2 Enthaltungen nicht überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 11

Postulat von Ueli Keller und Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion,
vom 17.05.2016, betreffend Erwachsenenbildung Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 4293

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Die Angebote im Bereich der Grund- und Nachholbildung für Erwachsene sind wichtig, damit soziale Integration gelingen kann. Die Koordination solcher Angebote findet bei der kantonalen Fachstelle für Erwachsenenbildung statt. Auch Allschwil engagiert sich diesbezüglich, sei es bei der Finanzierung von Sprachkursen für Arbeitslosen-/Sozialhilfeempfänger oder sei es bei der Mitfinanzierung von Connectica-Kursen des Ausländerdienstes Baselland, die sich insbesondere an Mütter mit fehlenden oder geringen Deutschkenntnissen richten. Des Weiteren hat ja die Gemeinde mit dem Familienfreizeithaus Räumlichkeiten, die für solche Angebote zur Verfügung gestellt werden können, und dort finden ja auch Veranstaltungen statt, zum Beispiel Kurse im Bereich Elternbildung. Das Postulat fordert die Erfassung von Angeboten in Allschwil und die Koordination zwischen den Allschwiler Anbietern. Die rein kommunale Betrachtung ist da aber der falsche Ansatz. Denn die einzelnen Kurse haben ja immer auch eine regionale Ausstrahlung. Und nicht nur diejenigen Angebote sind für Allschwil relevant, die effektiv auf Allschwiler Boden stattfinden. Aus dem Grund ist

die Ansiedlung dieser Thematik bei der kantonalen Dachstelle für die Erwachsenenbildung am richtigen Ort. Das hindert Allschwil nicht daran, auch künftig diesbezüglich aktiv zu sein. Aber aus den genannten Gründen bitten wir Sie, das Postulat nicht zu überweisen.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Der Hintergrund dieses Postulats ist eine Veranstaltung der UNESCO Schweiz. Diese hat nicht nur mich, sondern auch sonst Bildungsfachleute eingeladen zu einer Veranstaltung, bei der ich im Moment sehr erschrocken bin, aus zwei Gründen: Ich war gewohnt, dass die UNESCO Bildungsangebote macht in den Entwicklungsländern. Die UNESCO hat aber die Strategie gewechselt und bezeichnet auch die Schweiz als Entwicklungsland. Denn wenn man die Zahlen anschaut: Wir haben in der Schweiz 800'000 Menschen, die über 18 Jahre alt sind und keine Chance haben, eine anspruchsvolle Tätigkeit auszuüben, weil sie Analphabeten sind. Wenn man das umrechnet auf Allschwil, dann sind es hier 2'700 Menschen. Die Begründung ist mir klar: Der Kanton sagt, der Bund ist zuständig. Die Gemeinde sagt, der Kanton ist zuständig, und so weiter. Mir ist wichtig, dass man etwas tut. Um es ganz deutlich zu machen: Mir geht es nicht darum, mehr Geld auszugeben oder mehr Angebote zu konstruieren. Mir geht es darum zu schauen, dass die Menschen die Angebote kennen und nutzen. Ein sehr gutes aktuelles Beispiel ist die römisch-katholische Kirche, die ein Tool macht, in dem die Angebote für Flüchtlinge bekanntgegeben werden. Das ist wirklich eine hervorragend gute Sache, die auch von der bz im Internet unterstützt wird. So etwas stelle ich mir auch vor, dass die Gemeinde schaut, dass die Menschen, also diese 2'700 oder ein Teil von ihnen, die nicht wissen, dass es etwas gibt, oder es nicht nutzen, darauf aufmerksam gemacht werden und es dann auch gebrauchen. Darum bin ich nicht glücklich, wenn man das Postulat abschreibt. Ich bitte Sie, dem Postulat zuzustimmen.

Christoph Stocker Arnet, SP-Fraktion: Dass es in der Schweiz und insbesondere in Allschwil eine erhebliche Zahl von über 15-jährigen Menschen gibt, die nicht über die nötige Bildung und Kompetenzen verfügen, um langfristig ihren Lebensunterhalt zu bewerkstelligen, ist ein Fakt. Es gab auch einmal einen Vorstoss mit dem Ziel eines Armutsberichts, der ausgearbeitet werden sollte. Dieser ist leider nicht erfolgt. Wenn es mit Weiterbildung möglich ist, Menschen in dieser Situation so weit zu unterstützen, dass sie ohne Inanspruchnahme von Unterstützung durch Gemeinde und Kanton auskommen können, dann macht es Sinn, zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, was man den Leuten anbieten kann und ob es auch noch Optimierungspotenzial gäbe. Wenn jemand so seinen Unterhalt bewerkstelligen kann, ist das erstens für den Betreffenden ein grosser Erfolg, und für die Gemeinde ist es eine grosse Entlastung. Aus diesem Grund möchte die SP-Fraktion, entgegen der Haltung des Gemeinderats, das Postulat «Erwachsenenbildung Allschwil» zur Prüfung und Berichterstattung dem Gemeinderat überweisen. Ich bitte Sie, in diesem Sinn abzustimmen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: In meinem Alltag habe ich sehr viele erwachsene und halberwachsene Menschen kennengelernt, die ein Formular nicht verstanden haben. Elternbriefe musste man erklären. Für ein Lager musste man Informationen ausdeutschen, nicht nur, weil sie nicht Deutsch konnten, sondern auch Leuten, die hier in die Schule gegangen sind und wie du und ich aussehen. Das Postulat will ja nicht Geld ausgeben. Die Gemeinde hat die Chance – und ich glaube als einzige Kraft in Allschwil – zusammenzustellen, was wir alles haben. Diese Informationen kann die Gemeinde eher zusammensuchen als wir. Das ist Punkt 1 des Anliegens. Punkt 2 ist zu veranlassen, dass die Institutionen, die Organisationen, die Personen, die etwas anbieten, einmal zusammenkommen, zusammenarbeiten, einander ergänzen. Auch die versteckte Armut macht solche Sachen. Wir haben wirklich Personen in Allschwil, die mit Formularen, mit Papier grosse Mühe haben. Es geht ja nur darum, das zusammenzustellen und diesen Leuten Gelegenheit zu geben, dass sie zusammenkommen.

Philippe Adam, Präsident: Es hat keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung.

://:

Das Postulat 4293 wird mit 19 Ja bei 14 Nein und 2 Enthaltungen überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 12

Postulat von Stephan Wolf, CVP-Fraktion, vom 14.06.2016, betreffend
Fussgängerstreifen über die Neuwilerstrasse beim Mühlegässli
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4301

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Jetzt reicht es doch noch für meine Feuertaufe hier am Mikrofon. Zuerst zur Visualisierung: Kann man diese um 90 Grad drehen? Danke. Der Gemeinderat soll prüfen, ob an der Neuwilerstrasse beim Mühlegässli ein Fussgängerstreifen angebracht werden soll, weil doch anscheinend viele Kinder aus dem Strengi-Quartier diese Querung nutzen auf dem Weg zum Schönenbuch-Schulhaus. Weil die Querung aber eine Kantonsstrasse betrifft, fällt auch die Hoheit dem Kanton zu, und dieser verlangt von uns, der Gemeinde, dass wir gewisse Abklärungen treffen, nämlich eine Verkehrserhebung als Beurteilungsgrundlage. Das haben wir natürlich gemacht im Zeitraum 17. bis 29. Juni. Wir haben festgestellt, dass nur wenige Kinder die Neuwilerstrasse queren, und das auch noch an drei Stellen. Bei der 2. Auf der Visualisierung sieht man, dass es sogar ein Privatausgang der Familie Werdenberg ist. Offiziell waren es nur zwei Stellen, an denen Kinder über die Strasse gingen. Wir haben dann auch die Kantonspolizei Baselland dazu gefragt. Diese sagte, auch ein Fussgängerstreifen sei nicht immer der beste physische Schutz. Es könne sogar sein, dass er zu einer falschen Sicherheit führe. Gerade in so einem Fall hat man weitere Kriterien, die berücksichtigt werden müssen. Erstens muss eine genügend grosse Querungsfrequenz gegeben sein: mindestens hundert Personen. Dann müssen gute Sichtverhältnisse vorliegen und es muss eine geeignete Beleuchtung angebracht werden, bis hin dazu, dass ein hinreichend grosser Warteraum auf beiden Seiten vorhanden sein soll. Nun ist es natürlich so, dass bei der Einmündung Mühlegässli weder ein Warteraum vorhanden ist, noch sind die Sichtverhältnisse gut. Und auch die Querungsfrequenz von hundert Personen während 5 Stunden an den höchsten Frequenzzeiten ist ganz klar nicht gegeben. Wir reden hier von fünf Kindern, mal von drei oder zwei. An einem Tag haben wir sogar gar keine gesehen. Also das ist überhaupt nicht gegeben. Das Postulat fordert, dass wir dieses Anliegen prüfen sollen. Wie ich jetzt ausgeführt habe, kommen wir zu dem Schluss, dass ein Fussgängerstreifen an dieser Stelle eigentlich nicht möglich ist. Der Gemeinderat beantragt also, das Postulat der CVP-Fraktion nicht entgegenzunehmen.

Philippe Adam, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung.

://:

Das Postulat 4301 wird mit 21 Nein bei 3 Ja und 10 Enthaltungen nicht überwiesen.

ENDE